2 Kongresse — ein Aufmarsch

Heute beginnt der Kongreß der Werktätigen. Voraus ging gestern die Reichskonferenz der Erwerbslosen. Die erste große Zusammenfassung fand statt, wohl sind zwei Kongresse einberufen, doch diese Kongresse gehören zusammen, gemeinsamer Kampf aller Unterdrückten, das ist das Ziel dieser Kongresse. Zweieinhalb Millionen Erwerbslose wurden durch die Rationalisierung geschaffen. Die Fortsetzung der Rationalisierung wird das Heer der Erwerbslosen vergrößern. Die Unternehmer wollen eine Millionen-Reservearmee zu Lohndruck und Streikbruch schaffen.

Der gemeinsame Kampf wird die Pläne der Kapitalisten durchkreuzen.

1.

Die kapitalistische Rationalisierung und ihre Auswirkungen sind der Ausgangspunkt der Reichserwerbslosenkonferenz. Sie werden auch der Ausgangspunkt des Kongresses der Werktätigen sein, denn die kapitalistische Rationalisierung hat nicht nur zwei Millionen aufs Pflaster geworfen, sie hat für die übergroße Mehrheit der deutschen Werktätigen jenes unerträgliche System von Lohnherabsetzung und Arbeitszeitverlängerung, von Sklavenpeitsche und Rechtlosigkeit im Betrieb geschaffen, das ihren wirklichen, von der Bourgeoisie vielgepriesenen Inhalt bedeutet. Zwei Jahre kapitalistische Rationalisierung, zwei Jahre maßlos anwachsendes Elend aller Arbeitenden und maßlos anwachsender Reichtum aller Besitzenden. Die kapitalistische Rationalisierung fördert nicht die Produktivkräfte — sie zerstört sie. Im Ruhrbergbau wurden von 1923 bis Mitte 1926 77 große Zechen mit etwa 71 000 Bergarbeitern stillgelegt, im Kalibergbau von 221 118 (bis zum Jahre 1933!) und 39 vorübergehend. Und trotz zwei Millionen Erwerbsloser, trotz dieser Vernichtung von Produktionsmitteln produziert der deutsche Kapitalismus bereits jetzt mehr als im Frieden! Die Steinkohlenproduktion von 11,06 Millionen Tonnen monatlich 1913 wurde zum Beispiel mit einer Belegschaft von 412 000 Mann gefördert, während im Juli 1926 13,07 Millionen Tonnen mit 336 000 Mann gefördert wurden! Aus diesen Zahlen kann man ermessen, wie ungeheuer groß der Grad der Ausbeutung unter dem System der kapitalistischen Rationalisierung wurde, gegen die der Kongreß der Werktätigen die ganze deutsche Arbeiterklasse zum Kampf aufrufen wird. Die kapitalistische Rationalisierung ist nicht gleichbedeutend mit technischem Fortschritt, wie dies die Reformisten der Arbeiterschaft weismachen wollen. Ihr erstes Prinzip ist die Steigerung der Ausbeutung und die Ausschaltung von Produktivkräften. Auch das Antreibersystem des Fließbandes und der Stoppuhr ist bei erhöhter Arbeitszeit und verringertem Lohn kein technischer Fortschritt. Aber auch der wirkliche technische Fortschritt, epochemachende und die Technik revolutionierende Erfindungen werden im System der kapitalistischen Rationalisierung unter der Diktatur der Bourgeoisie zu einer Geißel des Unternehmertums gegen die Arbeiterklasse.

Der Kongreß der Werktätigen wird sein Kampfprogramm gegen die kapitalistische Rationalisierung und ihre Auswirkungen verkünden — angefangen von dem Kampf gegen die brutale unmenschliche Anwendung der Stoppuhr und des laufenden Bandes im Betrieb bis zu den katastrophalen Auswirkungen der Rationalisierung auf Lohn und Arbeitszeit, auf die Kraft und Gesundheit der Arbeiterklasse. Im Mittelpunkt dieses Kampfes wird die Losung des Achtstundentages mit dem Ziele der 42-Stundenwoche und der Kampf um höhere Löhne stehen. Diese Losungen stehen im Mittelpunkt des Kampfes gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung, sie sind das wichtigste Band, das alle Schichten der deutschen Arbeiterschaft miteinander verbindet. „Am meisten stehen für mich die Forderungen, die Fragen des Achtstundentages und Lohnerhöhung" — sprach ein Betriebsdelegierter auf der Mitteldeutschen Landeskonferenz der Werktätigen am 21. November in Halle. Er hatte die Zustimmung nicht nur der Betriebsarbeiter, sondern auch der Erwerbslosen, Kommunevertreter und der kleinen Landwirte. Sie alle verstanden vollkommen, daß diese beiden Fragen heute der Hebel sind für den Existenzkampf aller Schichten der Werktätigen.

2.

Aber die kapitalistische Rationalisierung bedeutet nicht nur maßlose Verelendung der übergroßen Mehrheit des deutschen Volkes. Ihre zwangsläufige Folge ist die imperialistische Politik der deutschen Bourgeoisie, die wachsende Gefahr der Beteiligung Deutschlands an dem kommenden imperialistischen Kriege. Durch die wahnsinnige Ausdehnung der Rationalisierung erzeugt der deutsche Kapitalismus immer mehr Güter. Aber die Ausschaltung von Millionen aus dem Produktionsprozeß, die Vernichtung ihrer Kaufkraft zerstört immer mehr und mehr den inneren deutschen Markt. Die deutsche Bourgeoisie sucht einen Ausweg auf dem Weltmarkt. Mit Hochschutzzöllen und Beteiligung an internationalen Kartellen will sie ihren Anteil am Welthandel vergrößern. Aber auch die Absatzmärkte werden immer enger und enger. Der gewaltige englische und amerikanische Imperialismus, dessen Produktivkräfte wachsen, sucht Wege für seine gesteigerte Produktion. Nicht nur der deutschen, auch der englischen, amerikanischen, französischen Bourgeoisie ist die Welt zu eng. Der imperialistische Konkurrenzkampf verschärft sich und der Imperialismus kennt keinen anderen Ausweg, als den des Krieges. Und die deutsche Bourgeoisie kennt kein erhabeneres Ziel, als in diesem imperialistischen Konkurrenzkampf als gleichwertiger und gleichgerüsteter Gegner auftreten zu können. Der Kongreß der Werktätigen wird den arbeitenden Massen 1914 ins Gedächtnis rufen, die lebendige Erinnerung an die Ströme von Blut, an das unsägliche Leid, das der imperialistische Krieg über die arbeitenden Massen gebracht hat. Er wird der deutschen Bourgeoisie und den Reformisten die betrügerische pazifistische Maske herunterreißen, mit der sie den Eintritt Deutschlands in den Konkurrenzkampf des Imperialismus und seine Beteiligung am kommenden imperialistischen Kriege zu verbergen versuchen.

Ein treues Spiegelbild der Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie ist das politische System ihrer Herrschaft im Innern. Schwärzeste Reaktion auf allen Gebieten. Die Verwaltung, die Justiz, die Armee in den Händen reaktionärer Junker- und Unternehmerknechte. Der ganze Inhalt dieser Republik ist nichts als „Schmutz und Schund". Die Republik von 1926 ist reaktionärer als die Monarchie von 1914. Nichts ist geblieben von den Illusionen und Hoffnungen der „schiffbrüchigen reinen Republikaner" auf die „soziale Republik". In Deutschland gibt es nur ein Gesetz, das Gesetz des Profits, das Gesetz der Dividenden, das Gesetz der Ausbeutung, die Gesetze der Diktatur der Herren der gewaltigen Trusts und Konzerne. Diese Republik kann nicht geändert werden — sie kann nur gestürzt werden.

3.

Der Kongreß der Werktätigen darf und wird sich nicht nur mit der Aufzeigung der unmittelbaren Kampfes- und Bündnislosungen für alle Schichten des werktätigen Volkes begnügen. Seine Aufgabe ist es, zu beweisen, daß ein Ausweg vorhanden ist, der den arbeitenden Massen einen endgültigen Weg aus dem Elend des kapitalistischen Deutschlands zeigt: das ist der Weg der Erkämpfung des Sozialismus. In drei gewaltigen Kolonnen marschiert das arbeitende Volk auf diesem einzigen Weg, der ihm von seinem Schicksal und von der geschichtlichen Entwicklung vorgezeichnet ist. Der deutsche Kapitalismus ist überreif. Was noch fehlt, ist der Massensturm der Millionen der Ausgebeuteten und Verelendeten. Die deutsche Wirtschaft ist überreif für den Sozialismus. In den Händen und unter der Herrschaft der werktätigen Mehrheit des deutschen Volkes werden sich die gewaltigen Trusts und Konzerne, die gewaltigen Naturschätze Deutschlands, seine hochentwickelte Technik und Organisation in einen Quell des Wohlstandes für das ganze arbeitende Volk verwandeln. Der Kongreß der Werktätigen wird seinen Delegierten, die aus tausenden Betrieben und Schächten, aus allen Teilen Deutschlands zusammengekommen sind, den Willen zur Macht geben, den Willen zur Erkämpfung und Ausübung der Herrschaft der Arbeiterklasse und im Bündnisse und im Interesse mit der gewaltigen Mehrheit des arbeitenden Volkes!

Das Schundkompromiß fertig

Berlin, 3. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Die Regierungsparteien haben sich über das Schund- und Schmutzgesetz geeinigt und einen Block zur Annahme der Lesekunst gebildet. Das Kompromiß sieht nach wie vor Reichsprüfstellen vor, die man jedoch so eingerichtet hat, daß sie in Wirklichkeit Länderprüfstellen sind, die vom Reich bezahlt werden. Die absolute Mehrheit ist so eingerichtet, daß ein Beschluß nur dann gültig ist, wenn mindestens sechs Stimmen für ihn sind. Daß Verbote der Prüfstellen in Ländern für das ganze Reich gelten, bleibt bestehen. Ueber die Verhandlungen, die zur Bildung dieses Kompromisses führten, berichtet das „Berliner Tageblatt", daß die Regierungsparteien zunächst vereinbart hatten, daß je 5 Abgeordnete den Abänderungsantrag unterzeichnen sollten. Dann wurde aber bekannt, daß die Fraktionen unterzeichnen sollten, und daß die Volkspartei und das Zentrum bereits vereinbart hatten, auch die Unterschrift der Deutschnationalen, der Völkischen und der Wirtschaftspartei darunterzusetzen. Die Demokraten, die sehr entrüstet taten, haben dann beschlossen, den Abänderungsantrag als Fraktion zu unterzeichnen mit der Ausnahme, daß außer den Regierungsparteien von niemand anders der eingebrachte Abänderungsantrag unterzeichnet werden dürfte. Sachlich ändert das nichts. Die Deutschnationalen, Völkischen und Wirtschaftspartei werden für das Gesetz stimmen.

Der „Vorwärts" von heute früh schreibt demütig zu den Vereinbarungen der Regierungsparteien: „Die schwarz-blaue Mehrheit ist glücklich zusammengebracht. Wahrlich, ein ansehnlicher Erfolg des demokratischen Ministers in der Zeit der — Stillen Koalition." Der „Vorwärts" polemisiert dann sehr heftig gegen Külz und sein Gesetz, ohne klar zu sagen, daß Külz gestürzt werden muß.

Ein zweites Schund- und Schmutzgesetz

Der Jugendausschuß des Reichstages sollte am Donnerstag die zweite Lesung des „Lustbarkeitssteuergesetzes" beraten und den Bericht feststellen.

Da die Filmkonzerne gegen den Schandentwurf Einspruch erhoben haben, ersuchte der leibliche Vater des Schmutzgesetzes, der sozialdemokratische Staatssekretär Heinrich Schulz, die Feststellung der fraglichen Punkte des Berichts zu verschieben, bis die Filmleute gehört seien. Für die kommunistische Fraktion beantragte Genosse Rosenbaum die Vertagung der ganzen Frage, da diese Sorte Schund- und Schmutzkampf noch viel zu früh käme, selbst wenn das Gesetz in einem halben oder ganzen Jahr zustande käme. Der kommunistische Antrag wurde darauf abgelehnt, und die Beratung des Berichts begann.

Für die kommunistische Fraktion stellte Genosse Rosenbaum fest, daß aus dem Bericht niemand klug werden könne, daß die Stellungnahme der Kommunisten zu dem zweiten Külzgesetz in ganzen fünf Zeilen festgelegt sei, und daß der Bericht eine ganze Reihe Fehler enthalte. Alle Fraktionen mußten sich auf denselben Standpunkt stellen, so daß einstimmig beschlossen wurde, den Bericht der Berichterstatterin zurückzugeben mit der Maßgabe, einen neuen, besseren Bericht zu machen. Vorher soll der Jugendausschuß mit dem Bildungsausschuß und dem Sozialpolitischen Ausschuß durch Besichtigung der Filmateliers von Babelsberg feststellen, ob die Mitwirkung von Jugendlichen als Filmdarsteller usw. Sittlichkeit und Moral untergräbt.

Die gewonnene Zeit muß zur Aufklärung der Massen benutzt werden, die sich mit dem zweiten Schundgesetz noch sehr wenig beschäftigen.

Eine Niederlage für Külz

Der Rechtsausschuß des Reichstages beschäftigte sich am Donnerstag, den 2. Dezember, mit einer Gesetzesvorlage des Herrn Külz, die vielleicht die hinterlistigste und gefährlichste Leistung dieses Ministers darstellt. Die Vorlage trägt den harmlosen Titel: „Entwurf zu einer Sammlung des Reichsrechts". In Wirklichkeit hätte Külz nach Annahme des Gesetzes folgende Befugnis: er könnte sich aus sämtlichen deutschen Gesetzen, die seit 1867 (!) erlassen wurden, das aussuchen, was ihm paßt. Er kann den Gesetzesstoff zusammensetzen, kürzen, abändern, wie es ihm beliebt. Man kann sich denken, was Herr Külz dabei aus den Gesetzen der Republik machen würde. Es handelt sich um nicht mehr und nicht minder als einen juristischen Kapp-Putsch: Külz bekäme eine rein absolutistische Gewalt als Gesetzgeber. Man könnte nach Belieben alle Einrichtungen der Kaiserzeit wieder aufleben lassen!

Diese Külzfade ist freilich so toll, daß selbst der jetzige Reichstag sie nicht annehmen kann. — Genosse Rosenberg lehnte das Machwerk Külz' aufs entschiedenste ab. Er hob u. a. hervor, daß Külz durch Fortlassung aller vom 9. November 1918 bis Mitte 1919 ergangenen Gesetze und Verordnungen einfach die Republik abschaffen könnte. Auch die meisten anderen Redner wandten sich gegen die Külz-Vorlage. Nur der Demokrat Brodauf solidarisierte sich völlig mit seinem Parteifreund. Mit Mühe und Not erreichte die Regierung es, daß die Vorlage nicht sofort ohne Einzelberatung abgelehnt wurde. Der Ausschuß beschloß, in 14 Tagen sich mit dem Gegenstand noch einmal zu beschäftigen. Aber in Wirklichkeit ist die Külzvorlage schon heute tot.

Deutschland und der Weltkrieg

Nachfolgende Rede Karl Liebknechts, die er am 2. Dezember 1914 zur Begründung der Ablehnung der Kriegskredite im Deutschen Reichstage halten wollte, entnehmen wir dem soeben in der Reihe der „Redner der Revolution" erschienenen Bande „Reden von Karl Liebknecht" (Neuer Deutscher Verlag, Berlin).

„Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt: Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich, vom Gesichtspunkte des Weltrüstens, um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich auch um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisation und Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung. Das haben die verflossenen Monate, trotz einer rücksichtslosen Verwirrungsregie, mit steigender Deutlichkeit gelehrt.

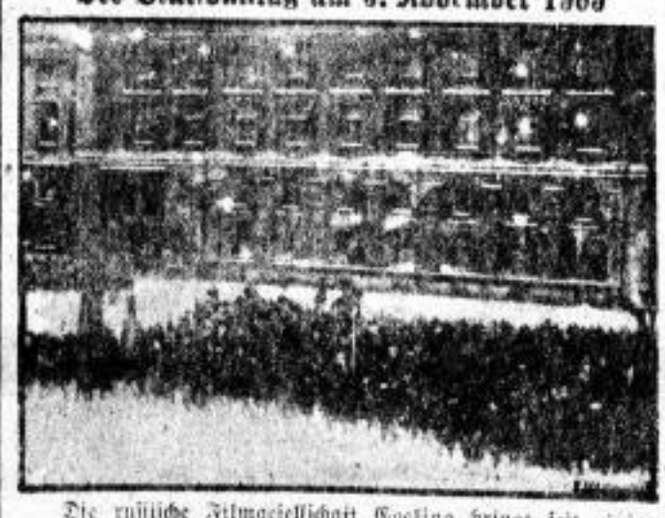
Die deutsche Parole: „Gegen den Zarismus", diente — ähnlich der jetzigen englischen und französischen Parole: „Gegen den Militarismus!" — dem Zweck, die edelsten Instinkte, die revolutionären Ueberlieferungen und Hoffnungen des Volkes für den Völkerhaß zu mobilisieren. Deutschland, der Mitschuldige des Zarismus, das Muster politischer Rückständigkeit bis zum heutigen Tage, hat keinen Beruf zum Völkerbefreier. Die Befreiung des russischen, wie des deutschen Volkes muß deren eigenes Werk sein.

Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, daß der Zweck, für den sie Kredite fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist.....

Ein Friede ohne Eroberungen ist zu fordern; alle Bemühungen dafür sind zu begrüßen. Nur die gleichzeitige, dauernde Stärkung der auf einen solchen Frieden gerichteten Strömungen, in allen kriegführenden Staaten, kann dem blutigen Gemetzel vor der völligen Erschöpfung aller beteiligten Völker Einhalt gebieten. Nur ein auf dem Boden der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse und der Freiheit der Völker erwachsener Friede kann ein gesicherter sein. So gilt es für das Proletariat aller Länder, auch heute, im Kriege, gemeinsame sozialistische Arbeit für den Frieden zu leisten.

Die Notstandskredite bewillige ich in der verlangten Höhe, die mir bei weitem nicht genügt. Nicht minder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Brüder im Felde, der Verwundeten und Kranken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgend lindern kann; auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unser Protest jedoch gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab."

Der Blutsonntag am 5. November 1905



Die russische Filmgesellschaft Goskino bringt seit einigen Tagen einen Film „Der schwarze Sonntag" in Berlin zur Aufführung. Für Bayern wurde dieser Film verboten. Unser Bild zeigt die Arbeiterdemonstration unter Führung des Popen Gapon auf dem Weg zum Winter-Palais in Leningrad.

Platz den Armen

Die alten Pariser Stadtvorsteher wollten Paris zu einer Stadt des Luxus, des Reichtums und des Vergnügens machen. Möge es durch seine neue Obrigkeit eine gewaltige Stätte der Arbeit, der Bienenstock von ganz Frankreich werden.

Das ganze Geheimnis der Situation besteht darin, das, was bisher unten war, zu oberst zu kehren. Früher bebevölkerten die Reichen Paris, jetzt heißt es: Platz den Armen! Jetzt sei die Reihe des Herrschens an ihnen.

Keine Gemeindezölle mehr! Das Leben muß billiger werden, in Paris, wie überall sonst, und in weniger als einem Jahrhundert werden die bedürftigen Klassen infolge des natürlichen, unaufhaltbaren Fortschritts drei Viertel der Pariser Bevölkerung ausmachen.

Bei solcher Handlungsweise muß das letzte Wort unfehlbar der Republik bleiben, denn ein Thron würde keinen ernsten Widerstand leisten können, in einer Hauptstadt hin- und herschüttelt, wo die Volksmenge berufen ist, heute, morgen, jederzeit sich zu empören.

Vorstehenden Text ließ Danton im Jahre 1792 als Plakat an die Mauer von Paris anschlagen. Er ist entnommen dem demnächst erscheinenden Band 8 „Reden von Danton" aus der Reihe Redner der Revolution. (Neuer Deutscher Verlag, Berlin.)

Zum Kongreß der Werktätigen

bringt die neueste Nummer der „Arbeiter-Illustrierten-Zeitung" (23) einige treffliche Seiten heraus. Zunächst zeigt ein Kreis von Jakob Walcher das Wesen der Rationalisierung, der durch gutes Bildmaterial erläutert wird. Alle die Kreise der Werktätigen werden gezeigt, für die der Kongreß der Werktätigen Lebensnotwendigkeit bedeutet. — Das unterirdische Berlin, eine ganze Stadt, die sich immer weiter unter der Hauptstadt ausdehnt, Rußlands gewaltige Ströme, die Länder der Banane und neuer russischer Arbeitersport werden durch Bild und Wort illustriert. Rätsel- und Humor-Ecke sowie die Fortsetzung des spannenden Romans „M. G. 2 gestohlen", von Peter Lahrs, geben dem Heft sein Gepräge. Der besondere Wert aber liegt in den Mittelseiten, die in trefflichen unbetitelten und informationellen Bildern die Gefahren der Arbeit in der Großmühle des Kapitals zeigen.

Die Nummer ist wiederum in allen fortschrittlichen Buchhandlungen, Kiosken usw. zum Preise von 20 Pfg. zu haben.